Herbert Ammon

# Die deutsche Zeitgeschichtsschreibung und das Thema der Vertreibung

Im September letzten Jahres erklärte der Parlamentarische Staatssekretär Manfred Carstens auf eine Anfrage im Bundestag folgendes: „Die Bundesregierung ist der Auffassung, daß ebenso wie die Erforschung der Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa auch die zeitgeschichtliche Forschung zu den Themen Flucht und Vertreibung von etwa 15 Millionen Deutschen Defizite aufweist; eine umfassende geistige Aufarbeitung steht noch aus."[1] Der Staatssekretär fügte hinzu, daß „im Interesse der historischen Wahrhaftigkeit" Forschungsprojekte gezielt gefördert würden. Die wissenschaftliche Kooperation mit den östlichen Nachbarn in Europa „zeige bereits erste Erfolge".

Es geht hier nicht darum, an den Absichten, Realisierungschancen und geschichtspolitischen Konsequenzen dieser Projekte - gemeint sind hier etwa das deutsch-polnische Gemeinschaftsprojekt unter Federführung der Historiker Wolodmierz Borodziej und Hans Lemberg sowie die aus Deutschen, Tschechen und Slowaken besetzte Historikerkomission[2]- zu zweifeln. Unsere Ausführungen beziehen sich auf den Befund, daß die deutsche Zeitgeschichtsschreibung zu einem zentralen Thema deutscher Geschichte „Defizite aufweist".

Hier liegt der Einwand nahe, daß eine Erklärung aus regierungsoffiziellem Munde - auch als Seelentrost für eine bestimmte Wählergruppe gemeint - der politischen Konjunktur unterliegt. Was den aktuellen Stellenwert der Thematik in der historischen Bewußtseinspflege der Bundesrepublik betrifft, so sei hier angemerkt, daß im Deutschen Historischen Museum im Berliner Zeughaus die Vertreibung in nicht mehr als zehn unscheinbaren Dokumenten präsentiert wird.

Zum Beleg für Vernachlässigung des Vertreibungsthemas - diese keineswegs neue These wird von den Vertriebenen und ihren Verbänden seit langem vertreten und beklagt[3], von den Zeithistorikern meist in Abrede gestellt[4]- sei zunächst eine Episode erwähnt, die anno 1983, inmitten der politischen Aufregungen des späten Kalten Krieges, dem Mainzer Osteuropa-Historiker Wilfried Schlau widerfuhr. Ihn, einen als engagierten Verfechter des ostdeutschen Kulturerbes bekannten deutschen Kollegen, fragte auf einer Tagung in öffentlicher Debatte ein Warschauer Historiker, ein für deutsche bzw. deutschsprachige Kulturangelegenheiten zuständiger Referent im polnischen Hochschulministerium, warum die Vertreibung - „vergleichbar doch nur der Völkerwanderung" vor 1500 Jahren - bei den bundesdeutschen Wissenschaftlern so geringes Interesse finde.[5] Schließlich sei hier auf einen Aufsatz des Verfassers verwiesen, worin gezeigt wurde, daß in den „Vierteljahrsheften für Zeitgeschichte", dem Organ des Münchner Instituts für Zeitgeschichte, die Thematik der Vertreibung - von den Herausgebern und Mitarbeitern ursprünglich als „legitime Aufgabe" (Martin Broszat) bzw. als „wissenschaftliches Problem" (Theodor Schieder) apostrophiert - nahezu völlig

ausgespart blieb und Anfang der 60er Jahre gänzlich beendet wurde.[6]

### Abbruch und Wiederkehr der Thematik

Die Tatsache, daß der Herausgeberkreis mit der fünfbändigen „Dokumen-tation zur Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa“ (1953-1961)[7] ein einzigartiges Quellenwerk vorgelegt hat, steht nicht im Widerspruch zu dieser Feststellung. Denn entgegen der programmatischen Absicht taucht der säkulare Vertreibungskomplex als eigenständiges Forschungsthema in den wissenschaftlichen Publikationen des Instituts nicht mehr auf. Allenfalls im bibliographischen Anhang der „Vierteljahrshefte“ finden sich sporadische Hinweise auf einige - meist aus dem Vertriebenenkreis stammende - Veröffentlichungen. Das Forschungsinteresse der Zeithistoriker konzentrierte sich fortan auf die Genese und Geschichte des NS-Regimes, auf Ideologie und Praxis des Verbrechens. Nicht zufällig legte der langjährige Leiter des Instituts Martin Broszat Anfang der 60er Jahre zwei Bücher vor, die als Standardwerke zur deutsch-polnischen Geschichte ihre Bedeutung behalten haben.[8]

Die Verdienste Broszats um die Zeitgeschichtsforschung sind unbestritten. Hier seien einige Sätze aus seinem Buch „Zweihundert Jahre deutsche Polenpolitik“ zitieren, weil in ihnen die mit der Figur Hitlers verknüpfte Logik der Geschichte besser erfaßt zu sein scheint als in den mit Geschichtsmoral und ex-post-facto-Argumentationen überhäuften Werken jüngeren Datums. Broszat schreibt über den Befehl Hitlers zum Angriff auf Polen am 31. August 1939: „Als Gefangener seiner militärischen Termine sowie der inzwischen entfesselten Propaganda gegen Polen hatte Hitler die Flucht nach vorn in die Gewalt angetreten. Der Historiker, der die Ursachen dieses verhängnisvollen Entschlusses erfassen will, stößt bei seinen Erklärungsversuchen letzten Endes auf die nur schwer deutbare Psyche Hitlers, seine grenzenlose Subjektivität, die in Haß- und Vernichtungswillen umschlug, nachdem sie ihm vorher das Bild der Wirklichkeit verzerrt hatte“ [9] Eine solche Deutung des Kriegsausbruchs zöge heute den Vorwurf der Psychologisierung und Verharmlosung des Geschehens, der Entlastung der Deutschen von der kollektiven Kriegsschuld auf sich.

Dem Vertreibungsthema selbst, nach eigenem Bekunden ein wichtiges Motiv seiner Forschungsarbeit, wandte sich Broszat nicht mehr zu. Mitarbeiter des Instituts wirkten jedoch an den - im Kontext der „Neuen Ostpolitik“ entstandenen - Publikationen der Bundeszentrale für politische Bildung mit.[10] Danach war das Forschungsintersse Interesse der in München etablierten Zeithistoriker am Themenkomplex anscheinend versiegt.

Für eine breitere Öffentlichkeit- außerhalb der Vertriebenenkreise - rückte das das Vertreibungsthema erst mit dem Erscheinen des Buches des Amerikaners Alfred M. de Zayas „Die Anglo-Amerikaner und die Vertreibung der Deutschen“ wieder ins Bewußtsein.[11] Unbefangenheit des Blickes und ethisch-rechtliche Sensibilität zeichnen die Arbeiten des Vökerrechtlers und Historikers de Zayas aus. Sein Buch über die Rolle der Westmächte in Potsdam gilt ungeachtet aller Kritik - diese

bezieht sich hauptsächlich auf die These des Autors, die Amerikaner und Briten hätten in Art. IX und Art. XIII des Potsdamer Protkolls weder der Austreibung der deutschen Bevölkerung aus den unter polnische Verwaltung gestellten Gebieten östlich der Oder-Neiße-Linie noch der vollständigen Angliederung dieser Territorien an Polen zugestimmt[12] - noch heute als historisches Standardwerk. Dagegen befaßte sich die jüngere Generation der Münchner Zeithistoriker überhaupt erst 1985 wieder mit dem Vertreibungsthema - und dies in eindeutig politisch pointierter Absicht: als Antwort auf die Vertriebenen-Parole „Schlesien ist unser".[13]

### Zur politischen Psychologie der Bundesrepublik

Offenkundig ist der Vertreibungskomplex in einem brisanten politisch-psychologischen Terrain angesiedelt, und so geht es bei unserem zeitgeschichtlichen Thema auch um die Erhellung eben dieser Problematik. Warum haben seit Ende der Gründungsphase der Bundesrepublik die etablierten deutschen Zeithistoriker ein Thema, an welchem die deutsche Geschichtskatastrophe evident wird - im konkreten Lebensschicksal von 15 Millionen Menschen, in der kollektiven Erfahrung des Verlusts von Provinzen und Regionen, in denen einst das historisch-kulturelle Selbstbewußtsein der Deutschen tief verwurzelt war -, nicht weiter verfolgt ?

Wenn direkte politische Interventionen, wie sie 1974 anläßlich der Fertigstellung einer 1969, in der Eröffnungsphase der neuen Ostpolitik, vom Bundesinnenminister beim Bundesarchiv in Auftrag gegebenen Dokumentation[14]- nach Meinung des Münchner Zeithistorikers Hellmuth Auerbach „aus verständlichen außenpolitischen Gründen" [15] - stattfand, auszuschließen sind , so erhebt sich eine andere Frage: Hatte sich etwa das Vertreibungsthema mit der materiellen Eingliederung der Flüchtlinge und Vertriebenen, mit der Anerkennung der Ostgrenzen im Zuge der sozialliberalen Ostpolitik, aufgrund der in den 70er Jahren - entgegen der nationalpolitisch inspirierten Ostpolitik von Bahr-Brandt - propagierten „Selbstanerkennung der Bundesrepublik" auch als historisches Problem erledigt ? Warum überlagerte alsbald im öffentlichen Bewußtsein das Geschichtstrauma der Nazi-Verbrechen anscheinend gänzlich die kollektive Erinnerung an Vertreibung und Verlust der alten deutschen Ostprovinzen ?

Gewiß, man kann die Zeitgeschichtsschreibung nicht für jenen Hohn und Spott verantwortlich machen, der sich seit Beginn der 60er Jahre in der politischen Publizistik über die „Berufsvertriebenen" ergoß. Im Gegenteil: eine Aufgabe zukünftiger Zeitgeschichtsschreibung liegt in der Aufdeckung jener psychologischen und ideologischen Motive, aus denen heraus derlei Attacken geführt wurden. Hier nur einige Stichworte: Sie betreffen den deutschen Linksprotestantismus, der in bis in die 60er Jahre die eigentliche „Wiedervereinigungspar-tei" in der Bundesrepublik darstellte, in der Folge aber zum Bannerträger der deutschen Teilung - als historischer Strafe für die Kollektivschuld - konvertierte. Durchaus ausgewogen wirkt im Vergleich zu dieser widersprüchlichen politischen Psychologie des Protestantismus die - von den Vertriebenen seinerzeit vehement bekämpfte - Vertriebenen-Denkschrift des Rates der (westdeutschen) EKD.

Nicht zuletzt geht es hier um die Psychologie der ´68er-Protestgeneration, in der eine auffällige Zahl von Aktivisten zu finden ist, die ein Vertreibungsschicksal mit sich herumtrugen. Inwieweit handelte es sich bei der Anklage gegen die -angeblich kollektiv - schuldig gewordenen Elterngeneration, im Affekt gegen die Nation und die Nationalgeschichte um eine Art existentiell-psychische Ersatzhandlung ?[16] Gleichzeitig war für aus der DDR stammende Aktivisten wie Rudi Dutschke und Bernd Rabehl gerade der nationalrevolutionäre Protest gegen die „rheinbündische" Status-quo-Politik, die sich mit der Mauer abgefunden hatte, ein wesentlicher Impuls. Hinter Ideologie und Rhetorik steckten bei vielen eben auch sehr spezifisch „deutsche" Motive. In eigenartiger Weise wirkten wohl alle hier nur angedeuteten ideologischen Momente zusammen, um das Vertreibungthema, den Verlust des alten deutschen Geschichts- und Kulturraums im östlichen Mitteleuropa aus dem historisch-politischen Bewußtsein der Bundesrepublik nahezu gänzlich zu eliminieren. [17] Aus jener - ideologisch keineswegs eindeutig zu fixierenden - Bewußtseinslage der Gesellschaft der Bundesrepublik nach „´68" ist somit auch der Umgang der jüngeren Zeithistoriker mit dem leidigen Thema „Vertreibung" zu sehen: Sie erklärt - zumindest in den spärlichen Publikationen jüngeren Datums - die Tendenz zum fragmentären, selektiven und perspektivisch verkürzten Umgang mit dem Thema. Es sei jedoch vermerkt, daß sich in jüngster Zeit einige Vertreter des Studentenprotests - so in selbstkritischer Absicht die Journalistin Helga Hirsch[18] - dem Vertreibungsproblem zugewandt haben.

An dieser Stelle sind noch einige grundsätzliche Bemerkungen angebracht. Für die deutsche Zeitgeschichte, nicht zuletzt für die Vertreibungsthematik, gilt jener Satz, mit dem Max Weber seine Methode der verstehenden Soziologie umschrieben, den Begriff des Erkenntnisinteresses pointiert hat: „Ein jeder sieht das Bild, das er in seinem Herzen trägt". Nun geht es hier nicht um ein Methodenproblem, sondern um die tiefere Dimension des deutschen Umgangs mit der deutschen Geschichtskatastrophe. Der Satz ist auf die bedrückendste Hinterlassenschaft des Nationalsozialismus zu beziehen, auf das anscheinend unheilbar beschädigte kollektive Selbstbild der Deutschen.

Dem zu erwartenden Einwand, hier werde nur an einem neuen Ideologiemuster gestrickt, seien folgende Überlegungen entgegengestellt:

1. Die Vergegenwärtigung der NS-Greueltaten gehört - aus plausibiblen Gründen - zu den eingängigen politischen Sozialisationsmustern. Einige mit dem öffentlich gepflegten historisch-politischen Bewußtsein verknüpfte Widersprüche sind dabei jedoch nicht zu übersehen: Der Bezug auf den Nationalsozialismus und die daraus erwachsende historische Verantwortung konstituiert eine „nega-tive" Geschichtsidentität, aufgehellt durch das Vermächtnis der Widerstandskämpfer. Daß es sich hier um verengtes, in politisch-pädagogischer Absicht reduziertes Geschichtsbild handelt, sei dahingestellt. Das Problem liegt einerseits darin, daß der durch den Fall der Mauer und die Wiedervereinigung 1990 un-versehens erneuerte kleindeutsche Nationalstaat mehr und mehr die Züge einer post-nationalen und multikulturellen Gesellschaft annimmt. Die Widersprüchlichkeit einer solchen Bewußtseinspflege tritt andererseits zutage, wenn aufgrund der deutschen Nationalgeschichte die „moralische Pflicht" zur Aussöhnung mit den östlichen Nachbarvölkern beschworen wird. Eine sich grundlegend wandelnde Gesellschaft

wie die der Bundesrepublik bedarf keiner aus der „negativen“ deutschen Nationalgeschichte abgeleiteten *réligion civile* mehr. Dieser Widerspruch gilt eben nicht nur für das historisch anscheinend bereits entsorgte Thema „Vertreibung“, sondern auch für die NS-Verbrechen. Bei welcher Schülergeneration soll eigentlich noch Erschütterung erzeugt werden ? Welche Bedeutung hat das in der „erweiterten Bundesrepublik“ (J. Habermas) kultivierte Geschichtsbild für die zunehmend multi-ethnische Bevölkerung in unseren Großstädten ? In den hier skizzierten widersprüchlichen Zusammenhang kollektiver Verantwortung in einer post-nationalen Gesellschaft gehört schließlich auch die Debatte um die Errichtung des Holocaust-Denkmals in der Bundeshauptstadt Berlin.

2. Zeitgeschichtliche Themen erfordern ein hohes Maß an historischer Sensibilität und historisch-ethischer Urteilsfähigkeit. Wo diese Urteilsfähigkeit getrübt ist, verfestigt sich die Abscheu vor dem Grauen zu einem psychologischen Reflex, der eine vorurteilslose Sicht der historischen Realität blockiert. Entgegen der These Martin Broszats von der Historisierung des Nationalsozialismus steht dessen zeitgeschichtliche Wahrnehmung nach wie vor unter den Schatten der Vergangenheit.

3. Da im nihilistischen Zeitalter humane Sinngebung für viele entfallen ist, tritt die Sinngebung des Sinnlosen - der ständige Bezug auf die NS-Verbrechen, davon abgeleitet die eindimensionale Geschichtslogik hinsichtlich des II. Weltkrieges und seiner Folgen - an die Stelle existentieller Reflexion. An diesen politisch-psychologischen Mechanismen hat - aufgrund der Teilungsgeschichte sowie mancherlei Fehlentwicklungen und Mißgeschicke in den Jahren nach dem Mauerfall auch die deutsche Wiedervereinigung nichts geändert.

Wie prägend dieses psychologische Grundmuster für die deutsche Gegenwart ist, sei hier an drei beliebigen Beispielen belegt: Die Bürgerrechtlerin Freya Klier hat in ihrem literarischen und filmischen Werk die vielfach vergessenen und verdrängten Leiden deutscher Frauen am Ende des Weltkrieges sichtbar gemacht. Zu den bedrückendsten Erfahrungen jener Frauen gehörte die Reaktion ihrer eigenen Kinder und Enkel. Die Leidenserfahrungen - Vergewaltigung, Verschleppung, Zwangsarbeit - seien „die Strafe für Auschwitz“. „Unsere Kinder sind der Meinung, damit mußtet ihr rechnen, denn ihr wart ja an diesem Krieg schuld“.[19]

Dazu noch zwei Beispiele aus dem Wissenschaftsbetrieb der Bundesrepublik: Ein zeitgenössischer Autor wirft dem Romanisten Ernst Robert Curtius, einem über jeden Zweifel erhabenen Vertreter der „inneren Emigration“, er sei pro-faschistisch, ein „Feind“ Frankreichs und ein „virulenter“ Antisemit gewesen. [20] Natürlich kann man derlei Vergewaltigung der Wirklichkeit auch als den einfachsten Weg zum wissenschaftlichen Erfolg betrachten. Das dritte Beispiel stammt aus dem Begleitband zur politisch spektakulären Ausstellung „Ver-nichtungskrieg - Verbrechen der Wehrmacht“. In einem Text mit dem Titel „Männer des 20. Juli und der Krieg gegen die Sowjetunion“ verletzt der Autor alle Methoden kritischer Quellenanalyse und abwägender Interpretation, um führende Persönlichkeiten des Widerstands - darunter Henning von Tresckow, Fabian von Schlabrendorff, Peter

Yorck von Wartenburg, Fritz-Dietlof von der Schulenburg und Adam zu Trott zu Solz - zu Mitwissern, ja zu willentlichen Mittätern des Verbrechens zu machen. Der Text, eine Mischung aus Suggestion, Assoziation und moralisch auftrumpfender Anklage, schließt mit dem höhnischen Resümee: In der Bundesrepublik Deutschland sei der 20. Juli „eine staatswichtige Angelegenheit...Und die Beteiligten werden weiter geehrt werden, einschließlich der Widerständler aus der Heeresgruppe Mitte. Nur sollte jeder wissen, wen man ehrt.“ [21]

Es liegt uns fern, den zur Debatte stehenden Umgang mit dem Vertreibungsthema mit einem derartigen Verfahren gleichzusetzen. Indes sei hier noch ein für unser Thema wesentlicher Aspekt genannt: Die Unterscheidung von Macht und Moral - und hier ist wiederum zu unterscheiden zwischen dem Erkennen des ethischen Dilemmas in jeglichem politischen Handeln einerseits, der kritischen Wahrnehmung der bei den Handelnden (*„decision-makers“* ) beliebten Vermengung der eigenen Interessen mit der höheren Moral andererseits - eine solche Unterscheidungsfäigkeit gehört zum Werkzeug des Historikers. Einst wurde die Frage „Macht oder Moral?“, die Frage nach der Bedeutung ethischer Maximen im politischen Handeln, von deutschen Historikern der Treitschke-Schule in leichtfertiger Weise zugunsten der Macht, im Sinne des Historisch-Faktischen entscheiden. Als Folge der deutschen Katastrophe hat sich - nicht zuletzt unter dem Einfluß protestantischer Schuldbekenntnisse - die ideelle Präferenz zugunsten einer rein moralischen, genauer moralistisch verengten Perspektive verschoben.

Dabei läßt sich gerade die Geschichte der Vertreibung der Deutschen aus Ostmitteleuropa keineswegs in ein solches Bild einordnen: Die Weltgeschichte brachte zwar das Weltgericht über alle Opfer des Kriegsgeschehens, Schuldige wie Unschuldige. Die bittere Ironie des II. Weltkrieges liegt aber in den von den Anglo-Amerikanern in der Atlantic Charta (August 1941) verkündeten friedens-ethischen Prinzipien und ihrer kontinuierlichen Zurückstellung bzw. Mißachtung angesichts der Kriegsrealitäten, im Blick auf Hitler-Deutschland. Die Siegermächte - eben nicht nur der skrupellose Bündnispartner Stalin - handelten im Verlauf des Krieges durchaus nicht nach den von ihnen beschworenen ethischen Maximen, sondern nach machtpolitischen Gegebenheiten, nach militärischer Zweckmäßigkeit und gemäß den von den Ereignissen diktierten Augenblicks-entscheidungen, nicht zuletzt nach eigenen Interessen. Die Geschichte der Vertreibungen ist dafür nur das eklatanteste Beispiel. Doch der unbefangene Blick auf diese Realitäten scheint vor allem jüngeren Zeithistorikern abhanden gekommen zu sein.

## Vom Umgang mit dem Vertreibungsthema

Dem Verfasser wurde nach Erscheinen seines Aufsatzes „Stiefkind der Zunft“[22] vorgehalten, er habe den von Wolfgang Benz anno 1985 publizierten Sammelband nicht zur Kenntnis genommen.[23] Anstatt uns hinter dem Urteil von Professor de Zayas verschanzen, der das Buch „einfach [als] schlecht“ bezeichnet hat, wollen wir hier anhand der Beiträge dieses Sammelbandes einige Widersprüche und „Defizite“ in der Behandlung des Vertreibungsthemas herausarbeiten.

Die Erstveröffentlichung des Sammelbandes 1985 erfolgte unter einer explizit politischen Zielsetzung. Es galt, die Bestrebungen der Vertriebenenfunktionäre abzuwehren, die mit Hilfe „politischer Prominenz...die Bereitschaft zum Anachronismus und Revanchismus in der Bundesrepublik“ erproben wollten. [24]

In der Neuausgabe von 1995 - also wiederum zu einem geschichtspolitisch einprägsamen Datum - geht es nur mehr darum, jenen entgegenzuwirken, „die mit beträchtlichem Eifer an der Legende fortdauernden Vertreibungsschicksals weben. Aufklärung wird dort mit Aufrechnung verwechselt, und Unvergleichbares wird da verglichen, um zu falschen Schlußfolgerungen zu kommen. Die Schrecken von Auschwitz und Dresden ergeben keine historische Parallele, und die Zahl der bei Flucht und Vertreibung Umgekommenen steht in keiner rechenbaren Beziehung zu der der Opfer nationalsozialistischer Judenverfol-

gung“. [25] Der Vorwurf des Verfassers nennt keinen direkten Adressaten, sondern zielt ins Ungefähre. Gewiß sind derlei Sentiments in der deutschen Gesellschaft noch anzutreffen, aber sie finden keinen erstzunehmenden Verfechter in der Öffentlichkeit. Vielmehr klingen in der Warnung Benz´ vor unzulässigen Parallelen Töne des unseligen „Historikerstreits“ nach, der sich anno 1986 nicht zufällig an dem Titel von Andreas Hillgrubers Essayband „Zweierlei Untergang“ entzündetete und jenes politische Meinungsklima nachhaltig prägte, in dem freie Forschung - frei von moralischen Verkrampfungen und ideologischen Vorgaben - nicht stattfinden kann.

Die Beiträge in dem Benz-Band sind nach Charakter, Aussage und Qualität zu unterschiedlich, um das Buch im Gegenzug einfach zu verwerfen. Abgesehen von der als „publizistisches Dokument“ erneut abgedruckten Polemik von Dietrich Strothmann gegen den „aggressiven Heimatrechtsfanatismus“ der Vertriebenenfunktionäre, gegen die „Weisen von Karlsruhe und ihre Sprüche“[26] - eine korrigierende Anmerkung zu dieser von der Geschichte anno 1989/90 offensichtlich widerlegte Moralattacke sucht man in der Neuausgabe vergebens - sind alle Beiträge lesenswert. Auf ein Defizit sei hier schon hingewiesen: Von einer Neuausgabe, die sich auch an das Publikum in der ehemaligen DDR wendet, hätte man anno 1995 einen Beitrag über die SED-Politik gegenüber den Folgen von Potsdam, von offenen und versteckten Widerständen gegen die „Friedensgrenze“ bis hin zur brisanten Zuspitzung im „Solidarnosc“-Jahr 1981 erwarten können...

## Die Konzepte der Siegermächte

Hervorheben sind die Beiträge von Klaus-Dietmar Henke („Der Weg nach Potsdam - die Alliierten und die Vertreibung“) und Josef Foschepoth („Potsdam und danach: die Westmächte, Adenauer und die Vertriebenen“). Henke ordnet die Vertreibung - ohne den sonst üblichen Bezug auf die nazistische Besatzungspolitik - zutreffend in die Konzepte des „Bevölkerungstransfers“ im 20. Jahrhundert ein. „Völkerrechtliche Hoffähigkeit“ erlangte der Transfer bereits 1913 durch ein Abkommen zwischen der Türkei und Bulgarien über Bevölkerungsaustausch (von jeweils 50 000 Statsangehörigen) auf freiwilliger Basis. Zum politischen *Zwangsinstrument* wurde der „Transfer“ beim Friedensvertrag von Lausanne (1923) zwischen der Türkei und Griechenland, bei der „Exper-ten“ alle Beteiligten, nicht zuletzt die im Auftrag des Völkerbunds agierenden Westmächte Großbritannien und Frankreich vom Zweck der

Operation überzeugten. „In den politischen Verhandlungen während des Krieges wurde das historische Beispiel des griechisch-türkischen Bevölkerungsaustausches geradezu zu einer fixen Idee und avancierte zum Standardargument führender Staatsmänner der Anti-Hitler-Koalition".[27] Mit seiner These, Washington habe sich gegenüber den Briten, die spätestens seit Juli 1942 den Transfer favorisierten, „niemals ernsthaft widersetzt", trifft Henke - im Widerspruch zu de Zayas´ The-se von begrenzten Umsiedlungskonzepten der Anglo-Amerikaner - womöglich den Kern der Sache.[28] Unzureichend bleibt seine Darstellung hinsichtlich der treibenden Rolle der tschechischen Exilregierung unter Benes sowie der an Grenzverschiebungen und Umsiedlungen durchaus interessierten Exilpolen.

Hier sei ein wichtiges Detail in Henkes Aufsatz hervorgehoben: Churchills Rede im Unterhaus vom 15.Dezember 1944, in der er die Vertreibung von sechs Millionen Deutschen als probates Friedensinstrument ankündigte, diente Hitler bei einer Ansprache vor Divisionskommandeuren als Beweis des alliierten Vernichtungswillens[29]. Wo es manchen Zeithistorikern, mehr noch den öffentlichen Meinungsmachern, um Pauschalverurteilungen der dem Kollektivwahn verfallenen Deutschen, um die angeblich unbegreifliche Regimeloyalität bis zum bitteren Ende - geht, werden jene Faktoren übersehen, die das Regime nach den Krisenerscheinungen im Gefolge von Stalingrad immer wieder propagandistisch und psychologisch stabilisierten: die Forderung nach „unconditional surrender", der - von Roosevelt wieder zurückgezogene - Morgenthau-Plan, die öffentliche Androhung der Vertreibungen.

Foschepoth betont in seinem Beitrag, daß „das letzte Wort über die Potsdamer Konferenz noch nicht gesprochen [ist], eine umfassende, auf breiter Quellengrundlage basierende Darstellung steht noch aus".[30] Im übrigen vertritt er die These, daß die Vereinbarungen von Potsdam durchaus nicht als mühselige Kompromißformeln zu interpretieren sind. Vielmehr seien die Westalliierten - entgegen ihrer in der Oder-Neiße-Frage anfangs angestrebten unnachgiebigen Konferenzstrategie - aufgrund der als befriedigend empfundenen Reparationenregelung aus freien Stücken an die sowjetische Position herangerückt. „Kennzeichnend für Potsdam war...ein nüchterner Realismus".[31]

Wie stand es in der Nachkriegszeit mit den Chancen einer Grenzrevision ? Foschepoth verweist jeden Gedanken an Grenzkorrekturen an Oder und Neiße ins Reich des Wunschdenkens. Zu Beginn des Kalten Krieges hätten die Amerikaner - nach Außenminister Byrnes, der in seiner als Zäsur der amerikanischen Deutschlandpolitik zu wertenden Stuttgarter Rede vom 6. September 1946 die östliche Grenzfrage als offen deklarierte, stellte dessen Nachfolger Marshall auf der Moskauer Außenministerkonferenz im Frühjahr 1947 die Rückgabe von etwa der Hälfte der polnisch verwalteten Gebiete in Aussicht - aus rein taktischen Gründen, zur psychologischen Absicherung des westdeutschen Terrains gegenüber dem Kommunismus, mit derlei vagen Versprechungen operiert. Schon in den ersten Verhandlungen über die die Westbindung der Bundesrepublik fixierenden Verträge (Deutschland-Vertrag und EVG-Konzept) habe - laut Foschepoth - Bundeskanzler Adenauer die Position der Alliierten in der östlichen Grenzfrage stillschweigend akzeptiert.[32]

Diesen Thesen könnte man sich - mit Vorbehalten - durchaus anschließen. Hinsichtlich der hypothetischen Chancen einer Genzrevision in der Nachkriegszeit sei hier auf ein ganz anderes Problem hingewiesen: In Politik und Zeitgeschichte hallte jahrzehntelang der Streit um die Chancen der Wiedervereinigung im Gefolge der Stalin-Note vom März 1952 nach.[33] Im Streit um die Seriosität der Stalin-Offerte, um Gefahren und Chancen einer gesamtdeutschen Neutralität wurde kaum je die Frage beleuchtet, inwieweit die über Stalins Tod hinaus - bis zum Inkrafttreten der Westverträge - aufrechterhaltenen und modifizierten sowjetischen Lockangebote über die ursprünglichen Stalin-Noten hinausgingen und Grenzverschiebungen auf polnische Kosten implizierten. Derlei Grenzkorrekturen sind z.B. aus Molotows Vorschlägen zur Berliner Außenministerkonferenz (25.Januar - 18. Februar 1954) durchaus abzuleiten.[34] Noch im Sommer 1961 druckte das Organ des DDR-Außenministeriums - ohne Zweifel mit sowjetischer Billigung - einen Beitrag des „Nationalneutralisten" Venohr zur vom „Berlin-Ultimatum" Chruschtschows begleiteten sowjetischen Friedensvertrags-Offensive von 1959 ab. Darin konnte der Autor die Forderung nach maßvollen Grenzrevisionen vortragen. [35] Mit weitreichenden Deutschland-Konzepten hantierten selbst in den 80er Jahren noch einige sowjetische Deutschland-Experten.... Last but not least: Warum reagierte die Bundesregierung, die politische Öffentlichkeit der Bundesrepublik, anno 1991 mit ostentativem Desinteresse, als russische Offizielle laut über ein deutsch-russisches Kondominium über Nord-Ostpreußen nachdachten ? Mit derlei Fragen an die Zeitgeschichte geht es nicht um politische Wolkenschieberei, gar um revanchistische Träume, sondern um Fragen an Politik und Geschichte, eben auch um die Frage von Macht und Moral.

## Kein Konnex zwischen Verbrechen und Vertreibung

Diese Frage führt zurück zur Konzeption des Benz-Buches. In der Perspektive des Herausgebers erscheint die Vertreibung als Nemesis der Geschichte, als unabwendbare, schuldhafte Konsequenz des verbrecherischen NS-Regimes. Am Ende seines Aufsatzes über die Schrecken der deutschen Besatzungspolitik heißt es: „Der nationalsozialistische Drang nach Osten und die Methoden, mit denen er für kurze Zeit verwirklicht wurde, zerstörten auch die Grundlagen des Zusammenlebens der deutschen Volksgruppen in Rumänien, in Ungarn, in der Tschechoslowakei und in Rußland mit ihrer Umgebung. Die nationalsozialistische Politik war Ursache des Unglücks, das am Ende des Zweiten Weltkriegs über die Opfer von Flucht und Vertreibung hereinbrach." [36] Der generalisierende Schlußsatz verfehlt in vieler Hinsicht die historisch-realen Aspekte der Vertreibungsvorgänge in den genannten Ländern. Er illustriert vielmehr die Verwischung der Grenzen von geschichtlicher Moral und historischer Analyse.

Auf die mit den Achsenmächten bis zur Umschwungsphase des Krieges verbündeten Länder Ungarn und Rumänien trifft die gedankliche Assoziation nicht zu. [37] Die These trifft darüber hinaus weder die Chronologie noch das Wechselverhältnis von nationalsozialistischer Gewaltpolitik und Vetreibungsabsichten in Ländern wie der Tschechoslowakei oder Polen. Was den vielfach behaupteten Konnex von NS-Verbrechen und Vertreibung betrifft, so besteht dieser unzweifelhaft in den unmittelbaren, zugleich systematisch verübten Racheakten bei der Austreibung aus

dem Sudetenland und aus Polen, aber keineswegs für die Genese der eigentlichen Konzepte. Auch die These, daß der eigentliche Urheber der in Vertreibung ausartenden „Aussiedlungen“ wiederum kein anderer als Hitler gewesen, der diese Ende 1939 unter Parole „heim ins Reich“ und mit vertraglichen Abmachungen praktiziert habe, zielt an den Fakten vorbei. [38] Was die bereits in Teheran beschlossene „Westverschiebung“ Polens betrifft, so konstatiert de Zayas: „Mit der territorialen Entschädigung war auch der Plan zur Aussiedlung verbunden, ohne daß sich direkte Bezüge zu den nationalsozialistischen Vertreibungspraktiken im Osten feststellen ließen.“[39]

Kritik verdient der Sammelband vor allem wegen seiner Unausgewogenheit. Die tieferen Wurzeln der Verfeindungen zwischen den Völkern - in Ansätzen erkennbar bereits in den nationalen Konflikten des „Völkerfrühlings“ 1848/49 - werden überhaupt nicht berührt. Was die Vorgeschichte im 20. Jahrhundert betrifft, so richtet sich die Perspektive hauptsächlich auf die Deutschen als Verursacher der Katastophe. Wenn der Beitrag des Kieler Historikers Rudolf Jaworski - unter Auslassung der blutigen Ereignisse im März 1919 - die schwierige, in zunehmenden „Negativismus“ ausufernde Lage der Sudetendeutschen beleuchtet[40], so fehlt zur Erhellung der fatalen Kausalitäten eine ergänzende Dar-stellung der Entstehung und Durchsetzung des für die Gesamtthematik der Vertreibung wesentliche „Transfer“-Konzepts der maßgeblichen tschechischen Exilpolitiker.[41] Dieses Manko wird durch einen äußerst prägnanten Aufsatz über den tschechischen Umgang mit dem „*odsun*“ durchaus nicht kompen-

siert. [42] Immerhin erhellt dieser Beitrag in behutsamer Weise die aktuellen Schwierigkeiten im sudetendeutsch-tschechischen Dialog.

### Widersprüche polnischer Politik

Eklatant wird die einseitige Gewichtung der Thematik, wo es um die Behandlung des deutsch-polnischen Verhältnisses geht. Daß die Weimarer Politiker quer durch die Parteien gegenüber dem als potentielle Großmacht 1918-1921 wieder erstandenen Polen revisionistische Absichten hegten und sich auch nach dem Abgang Seeckts 1926 keineswegs gänzlich von dessen Strategiekonzepten - eine vierte Teilung Polens im Zusammenspiel mit dem bolschewistischen Rußland - verabschiedet hatten, gehört zu den die deutsch-polnische Geschichte belastenden Fakten. Daß die deutschen Minderheiten aus allerlei zweifelhaften Quellen und Verbindungen gefördert wurden, fügt sich in den Rahmen dieses Weimarer Revisionismus.[43] Nur gehören zum vollständigen Bild deutsch-polnischer Verfeindung eben auch die alten nationalistisch-expansionistischen Visionen der Nationaldemokraten Roman Dmowskis, die blutigen Grenzkämpfe 1918-1921 sowie die Verdrängungspolitik der deutschen Minderheit aus Polen in den Jahren bis zur „Wende“ in den deutsch-polnischen Beziehungen durch den Nichtangriffs- und Freundschaftsvertrag Hitlers und Pilsudskis (Januar 1934). Zur unmittelbaren Vorgeschichte des Zweiten Weltkrieges gehört schließlich die im Jahre 1939 von beiden Seiten erneut geschürte Haß- und Terrorwelle gegen die jeweils andere Nationalität, die sich unmittelbar nach Kriegsausbruch in blutigen Exzessen („Bromberger Blutsonntag“ am 3. September 1939) entluden.

Ohne die Fähigkeit zum Perspektivenwechsel bleibt das Bemühen um historisches Verstehen - und um Verständigung zwischen den Völkern - unvollständig, ja vergeblich. Es mindert die von Deutschen unter Hitler über das polnische Volk gebrachten Schrecken und Leiden - dazu gehören von Anfang Vertreibun-gen, Enteignungen, Willkür jeglicher Art, Terror und Vernichtung - nicht im mindesten, wenn man die in den 70er Jahren zum historischen Standardbegriff erhobene Formel von der polnischen „Westverschiebung“ für fragwürdig erklärt. Und doch ist die für die Geschichte des Zweiten Weltkrieges zentrale „polnische Frage“ nicht erst seit Teheran (November/Dezember 1943) mit dem Vertreibungskomplex verknüpft. Daß die Obristen um Außenminister JózefBeck in der Vorphase von Hitlers Krieg auf ihre militärische Überlegenheit vertrauten und Annexionspläne hegten, gehört zu den historischen Fakten. Wesentlich ist hier die Chronologie nach dem Zusammenbruch Polens infolge des „Blitz-krieges“ und des deutsch-sowjetischen Zusammenspiels: Bereits am 20. Dezember 1939 forderte die polnische Exilregierung einen breiten Zugang zum Meer mit entsprechenden „sicheren Grenzen“.

Wann kamen auch auf polnischer Seite die ersten Vertreibungskonzepte ins Spiel ? Das Organ „Szaniec“ des nationalkonservativen Untergrunds proklamierte bereits Ende 1940 die - von Dmowskis Nationaldemokraten seit den 90er Jahren des 19. Jahrhunderts anvisierte - Ausdehnung bis Oder und Lausitzer Neiße samt der Vertreibung der Deutschen. Bereits Mitte 1941 schlossen sich einige Sozialisten und Bauernparteiler dieser Vision an, 1944 wurde das Programm auch von Kreisen des politischen Katholizismus propagiert. Demgegenüber ventilierte die Londoner Exilregierung unter Wladylaw Sikorski, die von den britischen Kompensationskonzepten natürlich nichts wissen wollten, erst Ende Dezember 1942 weitreichende Vertreibungspläne bis zur Oder-Neiße-Linie. [44] Davon rückte Sikorskis Nachfolger Mikolajczyk zwar wieder ab, solange er noch gegen Churchill und dessen „Kompensationsplan“ ankämpfte und auf den Erhalt Lembergs und Wilnas für Nachkriegspolen hoffen konnte. Schließlich lehnten sowohl der auf Mikolajczyk folgende Ministerpräsident Thomasz Arciszewski - in einem Interview am 17.Dezember 1944, unmittelbar nach Churchills scharfmacherischer Rede im Unterhaus -, als auch General Anders zu weitgehende Annexionen - und damit einhergehende „Aussiedlungen“ - ab.[45] Was die von Stalin instrumentalisierten Kommunisten des Lubliner Komitees betrifft, so suchten sie im Jahr 1944 Zugang zu den national-konservativen Kreisen, „so daß es auf antideutscher Grundlage zu einer politischen Rechts-links-Allianz kam“. [46] Aus der historischen Rekonstruktion der „Westverschie-bung“ ergibt sich so - durchaus im Rahmen des Zweckbündnisses der Westmächte mit Stalin - ein widersprüchliches Bild der Rolle des nichtkommunistischen Polens, geprägt von nationaler Demütigung, schlimmen Leidenserfahrungen, legitimen Sicherheitsinteressen und unterschiedlich ausgeprägten Annexionsgelüsten.

Warum finden wir in einem Buch, das im Untertitel „Ursachen, Ereignisse, Folgen“ - also die komplexe Kausalitätskette - darzustellen beansprucht, nichts von diesen Fakten ? Auslassungen sprechen hier eine deutliche Sprache: an politisch heikle Themen wollte der Herausgeber weder 1985 noch 1995, vierJahre nach dem deutsch-polnischen Freundschaftsvertrag, offensichtlich nicht rühren.[47] Warum aber hat man der Darstellung über die tschechische Sicht der Dinge nicht einen Beitrag über

die polnische Selbstreflexion zur Seite gestellt ?

**Zum Umgang mit Opferzahlen** .

Unsere Kritik am selektiven Umgang mit einem düsteren Kapitel der Zeitgeschichte, an den politischen Prämissen deutscher Zeitgeschichtsschreibung berührt schließlich noch eine so unerfreuliche wie schmerzliche Frage: die nach der Zahl der Vertreibungsopfer. 1958 bezifferte das Statistische Bundesamt die Vertreibungsverluste auf 2,235 Millionen Menschen. 1969 schätzte die bereits erwähnte - anno 1974 außenpolitisch als unzweckmäßig erachtete - Dokumentation des Bundesarchivs die Zahl der Todesopfer auf 610 000 und sprach von 2,2 Millionen „ungeklärten Opfern“ in sämtlichen Vertreibungsgebieten. An diese Zahlen knüpfen einige Zeithistoriker nun eigenwillige Kalkulationen. Sie werfen Autoren aus dem Vertriebenenumfeld[48] Aufrechnungsabsichten vor, die Tendenz, „mit Zahlen von mehreren Millionen zu jonglieren - wohl um annähernd eine Äquivalent für die von den Nationalsozialisten zu verantwortenden Morde präsentieren zu können.“[49] Es geht hier nicht um den Jargon, sondern um die Tendenz der Aussage. Die genannten Zeithistoriker, darunter der heute in Berlin lehrende Benz, orientieren sich an der von Rüdiger Overmans vom Militärgeschichtlichen Forschungsinstitut Freiburg „ tatsächlichen (!) Größenordnung, die etwa bei einem Viertel des bislang Vermuteten liegt.“[50] Zu diesem Zahlenspiel bemerkt Alfred M. de Zayas, daß die auf individueller Erfassung basierende, im Auftrag des Bundestags erarbeitete Dokumentation „Bevölkerung in den Vetreibungsgebieten“ (München 1965) „von der zeitgeschichtlichen Forschung einfach ignoriert wird.“ [51]

.

Daß das Vertreibungskapitel einerseits historische Kontroversen birgt, andererseits geschichtspolitisch und politisch unbequem ist, liegt auf der Hand. Aufgabe der Wissenschaft bleibt gleichwohl, sich dieser für das deutsche und europäische Geschichtsbewußtsein zentralen Thematik verantwortungsvoll, gleichwohl unbefangen zu stellen. Um Mißverständnissen entgegenzuwirken: Niemand käme auf die Idee, die historische Logik abzuwehren und die Schuldhaftung - im Unterschied zur kollektiven Schuld - der Deutschen für das Hitler-Regime zu leugnen. Nichtsdestoweniger geht es im historischen Umgang mit der schrecklichen Vergangenheit um Wahrhaftigkeit, gerade auch aus Respekt vor den Opfern. Zur politischen Kultur eines Landes, das sich - bei Bedarf - in einer großen und zugleich bedrückenden Geschichtstradition sieht, gehört nicht nur der Schmerz um den Verlust und die Bewahrung der Erinnerung an das Verlorene. Es gehört dazu auch die Fähigkeit zur Unterscheidung von falscher und echter Moral. Dazu gehört auch die Verpflichtung zur unvoreingenommenen Wahrnehmung jener historischen Verkettungen, die im 20. Jahrhundert auch Millionen von Deutschen ins Verhängnis riß. Schließlich gehört dazu ein Rechtsgefühl, das dem Schicksal des Heimatverlusts das Stigma des Unvermeidlichen, ja historisch Verdienten nimmt. Ohne damit irgendwelche vordergründige, politisch kurzatmige Spekulationen zu verknüpfen, sondern um das Bewußtsein deutscher Zeithistoriker zu schärfen, sei hier als Beispiel für unbestechliches Rechtsempfinden und klares Geschichtsbewußtsein der russische Menschenrechtler Sergej Kowaljow zitiert. Dieser erklärte ungefragt auf einer Veranstaltung der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte (IGfM) im März 1998: „Königsberg ist eine deutsche Stadt.“ [52]

[1] Deutscher Bundestag 13. Wahlperiode, Drucksache 13/8534, S. 7-8.

[2] Zu den Schwierigkeiten dieses Projekts äußerte 1996 als Mitglied der Kommission Hans Mommsen, es sei „keine wissenschaftliche Arbeit, sondern ein Kompromißpapier“ herausgekommen. S. DIE ZEIT nr. 44 v. 25.10.1996.

[3] Alfred Theysen, Die Vertreibung der Deutschen - ein unbewältigtes Kapitel europäischer Zeitgeschichte, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament B 7-8/95 (10.2.1995), S. 20.

[4] Hellmuth Auerbach: Literatur zum Thema. Ein kritischer Überblick, in: Wolfgang Benz (Hrsg.), Die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten, Ursachen, Ereignisse, Folgen, aktualisierte Neuausgabe Frankfurt am Main (Fischer Taschenbuch nr. 12784) 1996, S.277. (Die Neuausgabe erschien 1995.)

[5] Wilfried Schlau, Integration von Flüchtlingen und Vertriebenen, in: Flucht und Vertreibung. Vorträge eines Symposiums vom Institut für Völkerrecht an der Universität Würzburg 19.-22.November 1985, hrsg. v. D. Blumenwitz, Köln u.a. 1987, S. 198.

[6] Herbert Ammon, Stiefkind der Zunft, in: FAZ nr. 206 v. 5.9.1997, S. 10.

[7] Dokumentation der Vertreibung aus Ost-Mitteleuropa, hrsg. v. Bundesministerium für Vertrieben, 1954-1961. Reprint München: München 1984 (dtv 3270-3274).

[8] Martin Broszat, Nationalsozialistische Polenpolitik 1939-1945; ders., 200 Jahre deutsche Polenpolitik, München 1963, 2. Aufl. Frankfurt am Main 1978.

[9] Broszat, Zweihundert Jahre... (Anm.8), S. 269.

[10] „Deutsche und Polen 1“und „Deutsche und Polen 2“ Informationen zur politischen Bildung 142 (1970), 143 (1970). Nicht erwähnt wird das Institut für Zeitgeschichte in: „Deutsche und Tschechen“, Informationen zur politischen Bildung 132 (1969), hier: Neudruck 1993. Diese Publikationen, im Kontext der Ostpolitik als politisch-pädagogische Schützenhilfe zu verstehen, zeichnen sich - etwa gegenüber den 1976 erstmals herausgegebenen deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen - durch Objektivität aus.

[11] Alfed M. de Zayas, Die Anglo-Amerikaner und die Vertreibung der Deutschen, München 5. Aufl. 1979 (im am. Original 1977, dt. zuerst 1977). Ders., Anmerkungen zur Vertreibung der Deutschen aus dem Osten, Stuttgart 1986.

[12] de Zayas, Die Anglo-Amerikaner...(Anm.11), S.98-114, 171-171-186, bes. 180-182.

[13] Wolfgang Benz (Hrsg.), Die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten. Ursachen, Ereignisse, Folgen, Franfurt am Main 1985 (Fischer Taschenbuch Verlag). Im folgenden zitiert nach der aktualisierten Neuausgabe von 1996 (vgl. Anm.4).

[14] Vertreibung und Vertreibungsverbrechen 1945-1948. Bericht des Bundesarchivs vom 28. Mai 1974. Archivalien und ausgewählte Erlebnisberichte, hrsg. von der Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen, Bonn 1989.

[15] Auerbach (Anm.4), S. 292.

[16] S. H. Ammon, „Beklagen verboten. Gedanken eines Achtundsechzigers zur Katastrophe Königsbergs“, Rezension zu: Erhard Lucas-Busemann. So fielen Königsberg und Breslau. Nachdenken über eine Katastrophe ein halbes Jahrhundert danach, Berlin 1994, in: FAZ nr. 103 v. 4.5.1195, S.9. Auf das „68er-Phänomen“ machten kritische Beobachter schon frühzeitig

aufmerksam. (Vgl. W. Schlau , Anm. 2, S.304-5).. Zu nennen wären hier Namen wie Klaus Rainer Röhl und Ulrike Meinhof, die über ihre Pflegemutter Renate Riemeck mit der Erfahrung des Heimatverlusts im deutschen Osten vertraut war, Horst Mahler, Alexander von Plato, Tom Königs u.a. Der 1991 in Bad Kleinen getötete Terrorist Wolfgang Grams entstammte einer in Pommern beheimaten Familie. (Persönliche Information einer Schulkameradin von Grams´ Mutter. H.A.)

[17] Zur Verdrängung von Flucht und Vertreibung im Bewußtsein Nachkriegsdeutschlands - BRD und DDR - s. auch Dieter Bingen, Bilanz deutscher Politik gegenüber Polen 1949-1997, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament B 53/97 (26.12.1997), S. 5-6.

[18] Helga Hirsch, Die Rache der Opfer. Deutsche in polnischen Lagern 1944-1950, Berlin 1998.

[19] So schreibt die Überlebende Charlotte Kaufmann in ihrer Kurzbiographie. S. DER TAGESSPIEGEL nr. 16282, v. 18.3.1998, S. 4.

[20] FAZ nr. 59 v. 11. März 1998, S. 15.

[21] Christian Gerlach, die Männer des 20. Juli und der Krieg gegen die Sowjetunion, in: Hannes Heer - Klaus Naumann (Hrsg.), Vernichtungskrieg der Wehrmacht 1941-1944, Hamburg 1995, S. 441. Außer einer Kritik an Methode und Intention von Günter Gillessen („Verdunkelnde Aufklärung“, in: FAZ nr. 59 v. 11.3.1998, s. 43) hat es auf diese Art Zeitgeschichtsschreibung bislang keinerlei Reaktion gegeben. Das Schweigen der Repräsentanten der Bundesrepublik, die sich in ihrem historisch-politischen Selbstverständnis auf den deutschen Widerstand gegen Hitler bezieht, wirkt hier mehr als befremdlich.

[22] S. Anm. 7.

[23] Leserbrief von Klaus-Peter Friedrich in: FAZ Nr. 214 v. 15.9.1997. Dazu die Replik von A. de Zayas, in: FAZ nr. 218 v. 19.9.1997, S. 9.

[24] W. Benz im Vorwort zur Neuausgabe (Anm.13)

[25] Ebda. S. 12.

[26] „Schlesien bleibt unser“: Vertriebenenpolitiker und das Rad der Geschichte, in: Benz (Anm.14), S. 265-276.

[27] Klaus-Dietmar Henke, Der Weg nach Potsdam - Die Alliierten und die Vertreibung, in: Benz (Anm.14), S. 60.

[28] Über Aussiedlungskonzepte, die im Advisory Committee des amerikanischen State Department bereits Ende 1942 erwogen wurden s. Günter Moltmann, Die frühe amerikanische Deutschlandplanung im zweiten Weltkrieg, in: VfZ 5 (1957), S. 255.

[29] Henke (Anm.27), S. 84.

[30] Josef Foschepoth, Die Westmächte, Adenauer und die Vertriebenen, in: Benz (Anm. 13), S. 87.

[31] Ebda.

[32] Ebda., S. 108-9.

[33] Mit mehreren Publikationen trat dabei Hermann Graml, Leiter des Instituts für Zeitgeschichte, als Gegner der These von den „verpaßten Chancen“ “ hervor.

[34] Wolfgang Venohr, Die roten Preußen. Vom wundersamen Aufstieg der DDR in Deutschland, Erlangen-Bonn-Wien 1989, S.134-5.

[35] Ders., Stellungnahme (ohne Titel), in: Deutsche Außenpolitik VI.Jgg, H. 8 (Aug. 1961), S. 932-6.

35 W.Benz, „Der Generalplan Ost. Zur Germanisierungspolitik des NS-Regimes in den besetzten

Ostgebieten 1939-1945“, in: Benz (Anm.13), S. 55.

[37] Paul Ginder, Das Ungeheuer im Potsdamer Nest. Die Vertreibung der Ungarndeutschen nach dem Zweiten Weltkrieg, in: FAZ nr. 139 v. 19.6.1997, S. 13.

[38] Auerbach (Anm.5), S. 281-2.

[39] de Zayas, Anmerkungen zur Vertreibung ( Anm.11), S. 210.

[40] Rudolf Jaworski, Die Sudetendeutschen als Minderheit in der Tschechoslowakei 1918-1938, in: Benz (Anm. 14), S. 33-44.

[41] Knapp und prägnant hierzu die Darstellung in „Deutsche und Tschechen“ (Anm. 11), s. 25-28.

[42] Eva Schmidt-Hartmann, Menschen oder Nationen ? Die Vertreibung der Deutschen aus tschechischer Sicht„ in: Benz (Anm.14), S. 178-198.

[43] Norbert Krekeler, Die deutsche Minderheit in Polen und die Revisionspolitik des Deutschen Reiches 1919-1933, in: Benz (Anm.14), S. 16-32.

[44] Georg W. Strobel, die polnische ´Preußenkrankheit´und ihre politische Instrumentalisierung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament B 53/97 ((26.12.1997), S. 25-26.

[45] Wörtlich erklärte Arciszewski: „Wir wollen weder Stettin noch Breslau.“. Vgl. Theisen, Die Vertreibung der Deutschen... (Anm.3), S. 23.

[46] Strobel (Anm.44), S. 26.

[47] Insofern fällt der Sammelband erheblich hinter die unter politisch wesentlich brisanteren Umständen .- in der Eröffnungsphase der Ostpolitik - konzipierten Hefte der „Informationen zur politischen Bildung“ zurück. Vgl. die abgewogene Darstellung in „Deutsche und Polen 2“ (Anm. 10), S. 13-16.

[48]Z.B. Heinz Nawratil, Vertreibungs-Verbrechen an Deutschen. Tatbestand, Motive, Bewältigung. München 1982.

[49] Auerbach (Anm.4), S.285-6.

[50] W. Benz, Flucht und Vertreibung. Zur politischen Instrumentalisierung von Feindbildern, in: ders., Feindbild und Vorurteil. Beiträge über Ausgrenzung und Verfolgung, München 1996, S. S.62 f. Der Aufsatz erschien zuerst in Kurzfassung unter dem Titel „Der Strom schien nicht zu versiegen“, in: FAZ nr. 82 v. 6.4.1996, S. 10.

[51]Leserbrief de Zayas´ in: FAZ nr. 218 v. 19.9.1997, S. 9.

[52] FAZ nr. 69 v. 23. März 1998, S. 7.

Der obige Aufsatz ist abgedruckt in:
Herbert Ammon: Die Vertreibung der Deutschen. Defizite der deutschen Zeitgeschichtsschreibung.
32 S., München 1999, ISBN 3-927977-13-6